

Cottbuser

Herzblatt

Chošebuska wuśobka

Die linke Zeitung aus der roten Ecke

19. Jahrgang / Nr. 02 (222)

Februar 2011

Bitte 0,75 Euro spenden

In dieser Ausgabe

Seite 3: Der Kommunismus immer noch ein Gespenst?

Seite 8: Ist das wirklich alles nur „Geplänkel“?

Seite 12: „Und weil der Mensch ein Mensch ist...“

Fraktionsvorsitzender André Kaun zur Cottbuser Finanzsituation

Was erwartet uns 2011 in der Kommunalpolitik?



In der Gesamtmitgliederversammlung am 16. Oktober 2010 hatte ich versprochen, regelmäßig über die Finanzsituation der Stadt Cottbus zu berichten.

Was hat sich seither getan?

Am 23. September 2010 gingen bei der Stadtverwaltung zwei Schreiben des Innenministeriums ein. In einem ersten wurden uns aus dem Ausgleichfonds des Landes 13,5 Millionen Euro bewilligt. Davon wurden rund sieben Millionen Euro sofort bezahlt, die restliche Summe wird zum 30. Juni 2011 überwiesen, wenn die erteilten Auflagen erfüllt sind.

Als Auflagen wurden fixiert:

1. Ein fortgeschriebenes Konzept für die Neuorganisation der CMT-Dienstleistungen.
2. Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 400 Prozent.
3. Ausnutzung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung mit dem Landkreis Spree-Neiße und zukunftsorientierte

Organisationsplanung, die demographischer Entwicklung gerecht wird.

4. Nutzung von Teilzeitmodellen für die Mitarbeiter der Verwaltung.
5. Erarbeitung eines Konzepts zum weiteren Umgang mit der Straßenbahn.
6. Senkung des Zuschussbedarfs für freiwillige Leistungen um mindestens 500 000 Euro ab 2011.
7. Personalmaßnahmen dürfen nur durchgeführt werden, soweit auf diese ein Rechtsanspruch besteht oder eine Aufwandsreduzierung erreicht wird. Neueinstellungen dürfen nur im Einvernehmen mit der Kommunalaufsicht durchgeführt werden. Es darf nur jede fünfte freie Stelle wiederbesetzt werden.

In einem zweiten Schreiben wurde die Haushaltssatzung für das Jahr 2010 nicht genehmigt.

Damit gilt weiterhin eine vorläufige Haushaltsführung, in der nur rechtlich und vertraglich gebundene sowie „unabweislich notwendige“ Ausgaben getätigt werden dürfen. Neue freiwillige Aufgaben dürfen nicht beschlossen und umgesetzt werden.

Zurzeit wird der Haushalt 2011 erarbeitet. Er soll im März in den Ausschüssen behandelt und voraussichtlich im April beschlossen werden.

Das Hauptproblem ist die Finanzschwäche der Kommune. Von rund 6000 Unternehmen in der Stadt zahlen etwa zwei Drittel Gewerbesteuer, aber nur 19 über 100 000 Euro und zwei über eine Million. In Cottbus sind nur neun Prozent der Arbeitsplätze im produzie-

renden Gewerbe. Das zeigt die ökonomische Schwäche der Region deutlich.

Daher hatten wir schon im Kommunalwahlprogramm 2003 die Umwandlung des ehemaligen Flugplatzes Cottbus-Nord in einen Industrieansiedlungsstandort gefordert. Nun beginnt die Umsetzung dieser Forderung. Erste kleine Ansiedlungen sind erfolgt.

Auch die Auswirkungen der Finanzkrise machen sich bei der Gewerbesteuer bemerkbar. Betrug sie 2008 in Cottbus 79,8 Millionen Euro sank sie bis 2010 auf 36 Millionen Euro.

Aufgrund der höheren Gewerbesteuer-einnahmen 2008 wurden 2010 der Stadt die Schlüsselzuweisungen des Landes reduziert, sodass sich dadurch das strukturelle Defizit erhöhte. In den kommenden Jahren werden wir geringfügig höhere Zuweisungen des Landes erhalten, die aber kaum zur Haushaltskonsolidierung beitragen werden.

Das strukturelle Defizit beträgt im Jahr 2010 rund 50 Millionen Euro, davon sind allein 20 Millionen Euro Sozialausgaben.

Hier zeigt sich deutlich das Problem auf der Ausgabenseite: Während in den 1990er Jahren Kredite aufgenommen wurden, um zu investieren, so nehmen wir heute Kredite auf, um per Gesetz beschlossene Aufgaben von Land und Bund zu finanzieren.

Durch ein Urteil des Landesverfassungsgerichts erzwungen, übernimmt das Land seit einigen Jahren für übertragene Aufgaben die Finanzierung, nicht aber für davor erlassene Pflichtaufgaben der Kommunen. Der Bund verweigert sich

(Fortsetzung auf Seite 2)

Was erwartet uns 2011 in der Kommunalpolitik?

(Fortsetzung von Seite 1)

konsequent der Ausfinanzierung übertragener Aufgaben. Im Gegenteil fasst er Beschlüsse, die das Finanzaufkommen der Kommunen durch Steuervorteile schwächen beziehungsweise indem in den letzten Jahren größere Anteile der Gewerbesteuer den Städten und Gemeinden entzogen wurden und in den Bundeshaushalt fließen. Dringend wird eine Reform der Kommunalfinanzierung erforderlich, die die weitere Existenz der Städte und Gemeinden gewährleistet. Bestandteil dieser Reform muss die vollständige Durchsetzung des Konnexitätsprinzips für Bund und Land sein. Es muss Schluss gemacht werden mit Steuergeschenken für die Wirtschaft, durch die den Kommunen Einnahmen entzogen werden! Auch 2011 wird das Defizit wieder etwa so hoch wie 2010 sein. 43 Millionen davon entfallen auf

die durch Land und Bund nicht ausfinanzierten Aufgaben. Daher werden wir weiter darauf dringen, dass die Stadt gegen diese Situation klagt.

Es gibt kaum noch bemerkenswerte Einsparpotentiale in der Stadt. Wo notgedrungen Sparzwänge durchgesetzt werden müssen, kommt es heute schon zu spürbaren Auswirkungen für die Bevölkerung. Ein Beispiel sind längere Wartezeiten im Bürgerbüro.

Ein anderes ist der öffentliche Personen-Nahverkehr. Durch die vorgegebenen Sparziele für den Cottbusverkehr aus dem Haushaltssicherungskonzept ist eine Anpassung des Liniennetzes erforderlich. Im Ergebnis bedeutet das zum Beispiel, dass die Buslinie 13 zur Kurzstrecke als Straßenbahnzubringer umfunktioniert werden musste. Betroffene aus Sachsendorf, die nun am Stadtteilforum umsteigen müssen, zeigten dafür wenig Verständnis. Da 2011 Cottbusverkehr rund 280 000 Euro Zuschuss vom

Land bekommt, wird es nicht nur bei der Einstellung von Doppelverkehr, wie bei der Linie 13, kommen. Einschränkungen im ÖPNV sind dadurch in diesem Jahr unausweichlich.

Angefangen habe ich als Stadtverordneter, der noch einiges bewegen konnte. Heute komme ich mir vor wie ein „Ersatzinsolvenzverwalter“. Diese Situation ist durch die Stadt Cottbus nicht mehr zu lösen. Hierzu sind bundesweite Aktionen auf der Straße nötig, denn in dieser misslichen Lage sind fast alle Kommunen in Ost und West. Weiterhin sind wir am Prüfen, inwieweit wir gegen Bund und Land gegen die schlechte Finanzausstattung klagen können.

Liebe Genossinnen und Genossen, seid aber versichert, dass, egal wie schwierig die Situation ist und wie kontrovers die Diskussionen sind: Wir werden immer bei unseren Entscheidungen zuallererst an unsere soziale Verantwortung denken.

Zur Vorbereitung des Landesparteitages im März

Wieder Sacharbeit in den Mittelpunkt stellen

Liebe „Herzblatt“-LeserInnen!



Die durch Gesine Löttsch initiierte Debatte über den Kommunismus hat durch die Medienwidernpiegelung für reichlich Unruhe in der Partei gesorgt.

Dazu trugen auch die jüngsten Äußerungen von Klaus Ernst und die Veröffentlichung eines alternativen Programmwerfs durch Halina Wawzyniak (Vize-Vorsitzende unserer Partei) und Raju Sharma (Schatzmeister) bei.

Was wir wollen, ist, dass wieder Sacharbeit in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen ist.

In der weiteren Programmdebatte wollen wir uns weiter mit konkreten Vorschlägen einbringen.

Bis zum Mai 2011 soll eine Synopse aller eingegangenen konkreten Änderungsvorschläge erarbeitet werden.

Solltet Ihr selbst Vorschläge haben, sendet sie bitte spätestens bis zum 31. März, am besten in Form eines ausformulierten Änderungsvorschlages, an unsere Geschäftsstelle des Kreisverbandes oder auch gleich an den Parteivorstand.

In Vorbereitung unseres Landesparteitages, der am 5. und 6. März 2011 in unserer Landeshauptstadt im Potsdamer Kongresshotel stattfinden wird, steht für uns als Kreisvorstand, natürlich erst recht für unsere Delegierten, eine ganze Menge Arbeit bevor.

So werden wir uns in unserer nächsten Kreisvorstandssitzung mit einer Reihe von Anträgen zu beschäftigen haben, die dem Parteitag zur Beschlussfassung vorliegen.

Zu einer intensiven Debatte unsererseits gehören solche wichtigen Anträge wie

- Der Leitantrag des Landesverbandes „Den Wandel sozial gestalten“,
- „Kommunale Selbstverwaltung stärken“,
- Antrag zur Einführung der Gemeinschaftsschulen im Land Brandenburg auf den Weg bringen,
- Vorbereitung der nächsten Landtagswahl,
- Trennung von Regierungsamt und Mandat ,
- Antrag zur Parteireform und anderes.

Es ist also eine inhaltliche Arbeit innerhalb unserer Partei zu führen, zu der ich alle Basisorganisationen, alle Mitglieder herzlich einladen möchte.

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen, dass die Politik der LINKEN nicht nur in Potsdam sondern auch in unserem Kreisverband erkennbar ist.

*Diethelm Pagel,
Vorsitzender des Kreisverbandes
DIE LINKE.Lausitz*

Der Kommunismus immer noch ein Gespenst?

Als 1989/90 das Urteil der Geschichte über den gescheiterten Realsozialismus gefällt wurde, da gab es dennoch Leute, die an ihrem Ideal von einer gerechten Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die Entwicklung Aller ist, festhielten.



So trafen sich Berliner PDS-Mitglieder 1990 in einer Diskussionsgruppe, um sich über „Wege aus dem Kapitalismus“ zu verständigen, in den sie nun wieder hinein restauriert worden waren. Zu dieser Zeit, wo die meisten Parteimitglieder aus vielerlei Gründen keinen Nerv für tiefgründige theoretische Debatten hatten, blieb dieser Zirkel wohl weitgehend unbemerkt.

Ganz anders im Jahr 2011 – als die „junge welt“ in ihrer Ausgabe am 3. Januar einen Artikel der Vorsitzende der LINKEN, Gesine Löttsch, mit der Überschrift „Wege zum Kommunismus“ veröffentlichte. Ein Aufschrei ging durch das wiedervereinigte und doch noch so zerrissene Deutschland. Manch einer überschlug sich geradezu in seinen Tiraden aus Hass und Flüchen. Sattsam bekannte Bürgerrechtler und bislang unerkannte Verteidiger der Demokratie, die auffallend schweigsam waren, als die Politik in den letzten Jahren Sozial- und Demokratieabbau vorantrieb und deutschen Soldaten wieder den Weg in völkerrechtswidrige Kriege bahnten, hielten es jedenfalls für angebracht, der Linkspartei und Gesine Löttsch persönlich kräftige Standpauken zu intonieren.

Forderungen nach verfassungsschützender Beobachtung, dem Ausschluss von Koalitionen auf Bundesebene oder gar Verbotsforderungen machten die Runde. In sie hineingeworfen haben dies

ausgerechnet Parteien, zu dessen Täterprofil es gehörte, auf der Grundlage verfassungswidriger Gesetze regieren zu wollen. Frage: Hat Irgendjemand nach der höchstrichterlichen Feststellung der Verfassungswidrigkeit mehrerer Bundesgesetzen gleich das Verbot der Unionsparteien, der SPD, der Grünen und der FDP gefordert? Also: Was soll dieser Kinderkram?

Doch was hat die LINKE-Vorsitzende im besagten „junge-welt“-Beitrag eigentlich so Schlimmes geschrieben? Machen wir doch mal eine kleine Textanalyse.

In der öffentlichen Debatte wurde ihr im Kern immer nur ein Satz vorgeworfen. Hierauf scheint sich die alleinige Angriffsfläche ihrer Kritiker zu reduzieren. Zu mehr ist man in jenen Kreisen wohl intellektuell nicht in der Lage. Hier der Satz: „Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und wir sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung.“ Das war´s!(?) Beileibe ist der Löttsch-Artikel ein unkritisches „Lob des Kommunismus“.

Es ist auch kein Papier jenseits aller gegenwärtigen Probleme, die die bundesdeutsche Gesellschaft beschäftigen, und globale Fragen werden auch nicht ausklammert. Im Gegenteil, sie spricht von einem „verworrenen Problemhaufen“ und stellt auch an die LINKE die Frage, ob sie dafür eine Lösung habe. Die zu finden – vor dieser Aufgabe stehen doch erst mal alle Parteien! Sind sie deshalb gleich verfassungsfeindlich oder demokratiefeindlich, wenn sie hier nach entsprechenden Wegen suchen?

Die Autorin unternimmt auch einen Exkurs in die SPD-Geschichte und benennt den Verrat dieser Partei in der Novemberrevolution von 1918. Das dürfte natürlich dem heute amtierenden SPD-Vorsitzenden, früheren Umweltminister, Sigmar Gabriel nicht gefallen haben. Was für eine Unverschämtheit aber auch – die SPD an ihre eigenen Müllhaufen der Geschichte zu erinnern.

Mehrfach nimmt Gesine Löttsch Bezug auf Rosa Luxemburg. Die KPD-Mitbegründerin sprach von „revolutionärer Realpolitik“, wo ausgehend von den dringenden Nöten der Arbeiter und großer Teile der Bevölkerung an Lösungen gearbeitet werden soll, die deren Lage spürbar verbessern und zugleich zu ei-

ner strukturellen Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse führen soll.

Für mich, so Gesine Löttsch weiter, steht linke Politik insgesamt und die Politik der Partei DIE LINKE. in dieser herausfordernden Tradition, gesellschaftsverändernder, radikaler Realpolitik. Und wie nötig Veränderungen sind, beweisen doch das alltäglich gewordene krisenhafte Knarren und Knirschen im kapitalistischen Gebäck. Irgendwann ist eben auch der beste Handwerker mit seinem Latein am Ende, da hilft nur der Abriss. An seine Stelle muss dann etwas wirklich Neues entstehen können. Ob das dann gleich zu einem Kommunismus führen kann und soll: Fragezeichen. Aber über Utopien, Visionen, Lösungen sowie über neue Wege laut nachzudenken, das muss doch wohl in einem demokratischen und diskursfähigen Gemeinwesen möglich sein, ohne dass man gleich mit dem Bannstrahl gelasert wird.

Ihren „junge-welt“-Artikel schloss Gesine Löttsch, nicht mit der Beschreibung des uns dann zu erwartenden „kommunistischen Paradieses“, sondern mit einem klaren Bekenntnis zu Freiheit und Sozialismus, sprich einem demokratischen Sozialismus. Ihm gehöre die Zukunft, so die LINKE-Spitzenfrau. Das bekräftigte sie auch in ihrer Rede, die sie am 8. Januar auf der Rosa Luxemburg-Konferenz vortrug: „Ich bin demokratische Sozialistin.“ Nix Kommunismus. Man sollte wirklich zu Ende lesen – sonst Klappe halten.



Nun – an diesem Januartag folgte die LINKE-Vorsitzende der Einladung zur Rosa Luxemburg-Konferenz, wofür sie

(Fortsetzung auf Seite 4)

Leserbrief

Das Aufjaulen der „Anderen“ ist teilweise zu verstehen

Ich kann das Aufjaulen der „Anderen“ und auch das Erschrecken einiger Genossinnen und Genossen teilweise verstehen.

Das Aufjaulen ist dem uralten Grauen anzulasten, weil ihnen schwant: Es geht mit diesen Gesellschaftsfragen ans „Eingemachte“, es geht ums Eigentum! Wohl gemerkt ums Privateigentum, nicht um das persönliche Eigentum!

Alle diejenigen, die sich erschrecken, so könnte ich es mir erklären, haben einfach noch nicht gründlich über gesellschaftliche Entwicklungstendenzen nachgedacht oder sich kundig gemacht. Entwicklungstendenzen, die es notwendigerweise geben wird, ob dem Einzelnen das passt oder nicht, früher oder später!

Und: Wissen wir überhaupt, was alles mit „Kommunismus“ gemeint ist? Ist nicht der angestrebte Demokratische Sozialismus eine gewisse Teilstrecke, Vorstufe oder Periode der gesellschaftlichen Entwicklung?

Sicher gibt es auch Mitglieder unserer Partei, die meinen, der Zeitpunkt ist nicht so der richtige. Tja, da frage ich mich: Wann wäre es denn der richtige? Oder, wie auch Genosse Gysi meint, der Begriff ist zu sehr belastet, vor allem für Bürger aus den „alten“ Bundesländern und zudem antikommunistisch verbrämt, kaputtgemacht.

Aber gerade deswegen ist es höchste Zeit, dass wir ohne taktisches Geplänkel sagen, warum wir uns auf den Weg, auf die Suche nach dem Kommunismus machen und was darunter wirklich zu verstehen ist – oder vielmehr auch, was darunter nicht zu verstehen ist.

Ich danke Gesine Löttsch, dass sie das scheinbar „heiße Eisen“ angepackt hat. Das Gesellschaftsproblem ist vorhanden. Denn eine andere Welt ist möglich und nötig.

Wiedermal geht ein Gespenst um!

Gudrun Hibschr

Der Kommunismus immer noch ein Gespenst?

(Fortsetzung von Seite 3)

den vorbereitend so viel Widerworte provozierenden Artikel geschrieben hatte.

Am Tagungsort, der URANIA, waren Konservative und Rechtsradikale in Frontstellung gegangen. Unter ihnen eine Vertreterin jener Kategorie der anfangs erwähnten „sattsam bekannten Bürgerrechtler...“ – Vera Lengsfeld. Schon interessant – diese Personalie. Einst SED, dann Grüne, nun CDU-Mitglied. Die Frau wechselt öfter ihr Parteibuch, wie andere ihre Unterwäsche. Beim letzten Bundestagswahlkampf (2009) fiel sie gemeinsam mit der „Bundesknopfleiste“ Angela Merkel durch ein offenes Wahlplakat auf. Viel photoshop-generiertes(?) Holz vor der Hütte, aber wie sich nun wieder zeigen soll, ebenso viel Stroh im Kopf. Denn: Draußen vor der Tür postierte sich Frau Lengsfeld mit einem Plakat, auf dem sie 100 Millionen Tote des Kommunismus beklagte. Diese Opfer beklagen demokratische Sozialisten und Kommunisten auch. Wurden doch zahllose aufrechte Kommunisten und Sozialisten selbst Opfer des unsäglichen Missbrauchs des kommunistischen Ideals sowie der unbestreitbaren Verbrechen, die im Namen des Kommunismus geschehen sind.

Nur zwei praktische Beispiele für das ernsthafte Bemühen, diese schmerzvollen Seiten jener Geschichte aufzuarbeiten und sich kritisch mit ihr auseinanderzusetzen, waren die Stalinismus-Konferenz der PDS (Dezember 1990) und die Konferenz „Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Höhenschönhausen“ (Juni 1997). Frau Lengsfeld habe ich dort nicht gesehen. Sie wäre dann wahrscheinlich genauso schlau wie ich. Vielleicht wären sie und ihre Kameraden dann nicht mit derart plakativen Feindbildern vor der Luxemburg-Konferenz aufmarschiert.

Jedoch auch aus den eigenen Reihen wurde die LINKE-Vorsitzende mit manchen unappetitlichen Auswürfen konfrontiert. Da werden eilig Bekenntnisse zum Grundgesetz ausgebracht, oder eine schärfere Verurteilung des Missbrauchs und der Verbrechen, für die der Kommunismus als Idee so alles erhalten musste, verlangt. Jene Genossen seien

gefragt: Findet Ihr das gegenüber Gesine Löttsch eigentlich angemessen oder ist es nicht vielmehr peinlich?

Wer den Weg dieser Frau seit 1990 nur ein bisschen verfolgt hat, wer sie nur ein bisschen kennt, der kann doch wohl als gegeben voraussetzen, dass die Genossin Löttsch die nötige Distanz zu den im Namen des Kommunismus begangenen Verbrechen mitbringt. Sie hat in glaubwürdiger Weise das vollzogen, was unstrittig manches Mitglied noch vor sich hat: Den Bruch mit dem Stalinismus. Als Berliner Landespolitikerin und in der Bundespolitik hat sie Kompetenz bewiesen und wiederholt Direktmandate geholt. Außerdem wird mit solchen Bemerkungen von Genossen, wie oben, betreffs ihrer Haltung zur Geschichte und Herkunft der Partei die von ihr seit 1990 geleistete Geschichtsarbeit ignoriert. Das macht doch schon der politische Gegner mit den verfassungswidrigen Gesetzen und so. Ihr wisst schon...

Fakt ist: So wie es ist, kann es nicht bleiben. Es muss sich was ändern. Über das Was, Wohin, Wie, darüber zu streiten, dazu bietet sich in der laufenden Programmdebatte der Linkspartei die Gelegenheit. Doch vergessen wir bei allem Theoretisieren nicht, dass viele Menschen schon heute von der LINKEN Antworten und Hilfe erwarten.

Text: René Lindenau

Bilder: www.scharf-links.de

Aktuelle Frage

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus.“

Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet...“

Wer hat diese beiden Sätze geschrieben?

a) Angela Merkel in der BILD – Zeitung am 03.01.2011

b) Jürgen Reents in „Neues Deutschland“ am 08.01.2011

c) Karl Marx und Friedrich Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ im Februar 1848.

Günter Düring

Vergangenheit sichtbar machen

Das Potsdamer Abkommen von 1945

Alliierte befehlen Entnazifizierung

Die Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation am 7./8. Mai 1945 beendete den Zweiten Weltkrieg. Die Alliierten (USA, Frankreich, GB und Russland) trafen sich im Sommer 1945 in Potsdam, um über das weitere Schicksal Deutschlands zu entscheiden. Teil der Erörterung war die Behandlung Deutschlands nach der Befreiung vom NS-Regime. Ein Programm zur Entnazifizierung wurde in das Potsdamer Abkommen vom August 1945 aufgenommen.

Das eigentliche Ziel der Alliierten war es, ein Deutschland zu schaffen, das vollständig vom Naziregime befreit und nicht mehr durch den Faschismus beeinflusst werden konnte (politische Säuberung). Deutschland sollte zu einer Demokratie werden, in der jeder Bürger das Recht auf freie Meinungsäußerung hat.

Die Ahndung der unter der Nazi-Herrschaft begangenen Verbrechen und die Entfernung aller aktiven Nazis aus ihren Stellungen gehörten zu den wichtigsten Zielen der Siegermächte. Doch nur bei der Behandlung der Hauptkriegsverbrecher, über das Militärtribunal in Nürnberg 1946, konnten sich die Alliierten auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. In der eigentlichen Entnazifizierung wurden

in allen Zonen verschiedene Wege beschlossen.

Die Sowjetunion betrachtete die Entnazifizierung primär als einen Teil der gesellschaftlichen Umwälzung im kommunistischen Sinne. Im Vergleich zu Westdeutschland wurde die Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone politisch und wesentlich radikaler durchgeführt. Das bedeutete aber auch, dass auch Personen, die keine Verbrechen begangen hatten, verhaftet, nach Sibirien deportiert wurden oder in den Internierungslagern starben.

Dagegen wurde die Entnazifizierung im Westen als eine Frage der individuellen Schuld und der Erziehung zur Demokratie gesehen. Im Zuge des Wiederaufbaus und im Zeichen des Kalten Krieges wurde das anfangs rigorose Vorgehen allerdings zunehmend abgemildert und auf deutschen Druck hin schließlich eingestellt. Beamte und Angestellte, die aktiv an den Verbrechen der Nazis beteiligt waren, erhielten wieder ihre Ämter in Politik und Verwaltung.

Dies führte zu einem unterschiedlichen Geschichtsbewusstsein in Ost und West bei der Bewertung der NS-Vergangenheit.

Ein Beispiel für die doppelte Vergangenheit ist die Beurteilung der Widerstandsbewegung „Rote Kapelle“. In der DDR wurde diese Gruppe als Traditionsbezug auf den kommunistischen Widerstand gegen das NS-Regime und Vorbild für den deutsch-sowjetischen Antifaschismus hoch bewertet.

Ihre bekannten Mitglieder (Harry Schulze-Boysen, Arvid Harnack sowie Hilde und Hans Coppi) galten in der DDR als Helden. Schulen, Kindergärten und Volksarmee-Einheiten trugen ihre Namen.

In der alten Bundesrepublik wurde indessen 1952 in dem Prozess gegen den Generalrichter Manfred Roeder festgestellt, dass die Todesurteile des Reichskriegsgerichtes gegen die 49 Mitglieder der „Roten Kapelle“ zu Recht ergangen seien. Während andere Widerstandsgruppen (Weiße Rose, 20. Juli) in den fünfziger und sechziger Jahren zunehmende Würdigung erfuhren, stellte der Historiker Gerhard Ritter noch 1964 fest, die „Rote Kapelle“ habe Landesverrat begangen. Die Urteile wurden nie aufgehoben.

*Herta Venter,
AG Geschichte*

DIE LINKE. auf der Cottbuser IMPULS-Messe

Brandenburgs größte Bildungsmesse & Jobbörse – die IMPULS-Messe – wurde, wie in jedem Jahr, Anfang 2011 in den Cottbuser Messehallen veranstaltet. Am 7. und 8. Januar nahmen auch wir wieder unseren politischen Bildungsauftrag wahr und waren mit einem großen Stand und vielen jungen Leuten vor Ort.

Auch diesmal versuchten wir wieder, junge Menschen für die Ausbildungsmöglichkeiten der Partei DIE LINKE. zu begeistern, für ein Praktikum bei uns in der Kreisgeschäftsstelle zu interessieren und unsere Ideen und Konzepte zu jungen Themen an den Mann bzw. die Frau zu bringen.

Unterstützung bekamen wir am Freitag von unserem jungen linken Landtagsabgeordneten aus Märkisch Oderland, Marco Büchel. Marco stand exemplarisch

dafür, dass man mit genügend Lust, Engagement und fleißiger Arbeit bei den LINKEN auch schon in jungen Jahren in verantwortungsvolle Positionen gewählt werden kann. Gemeinsam mit ihm wurden interessante Gespräche geführt und er musste das ein und andere Mal seinen Werdegang in den Landtag beschreiben.

Natürlich hatten wir auch wieder unser „Das LINKE Quiz“ vorbereitet, bei dem man politische Fragen aus dem Bereich Allgemeinwissen beantworten musste, um interessante Preise abzuräumen.

Wie immer konnten wir viele junge wie auch ältere Besucher der Messe begeistern, an unserem Quiz teilzunehmen. Die Gewinner wurden schon ermittelt und die Preise werden an sie demnächst übergeben.

An sich kann man die beiden Messetage als Erfolg bezeichnen. Die Cottbuser Jugend hat den Stand die ganze Zeit über besetzt und selber eine Menge Spaß dabei gehabt. Dadurch bekamen vor allem die Messebesucher ein super junges Bild von der LINKEN vermittelt.

Viele Besucher interessierten sich für unser Material, unser Angebot hinsichtlich der Praktikumsplätze und natürlich auch für die beiden Ausbildungsplätze bei der Linksfraktion.

Überraschenderweise konnten wir auch viele interessante „politische“ Gespräche führen und über LINKE-Ziele und Konzepte diskutieren.

Wir hoffen natürlich, den einen oder anderen Diskutanten demnächst in unserer Jugend begrüßen zu dürfen.

André Groß

Lage in Afghanistan ist nach wie vor katastrophal

Neun Jahre nach Beginn des Afghanistan-Einsatzes ist die soziale, politische, wirtschaftliche und humanitäre Situation in dem zentralasiatischen Land anhaltend katastrophal.



Derweil beschließen Kabinett und Bundestag zum dreizehnten Mal eine Verlängerung der deutschen Beteiligung am Afghanistan-Krieg.

Während Verteidigungsminister Guttenberg die Frage nach dem Abzug der deutschen Soldaten im Mandat gar nicht erwähnt wissen wollte, drängte Außenminister Westerwelle auf die Angabe eines Abzugstermins.

Herausgekommen ist ein Formelkompromiss, der das Ende des deutschen Einsatzes tatsächlich völlig offen lässt. Hinter dem angeblichen „Fahrplan“ zum Abzug im Jahr 2014 stehen so viele „Wenn“ und „Aber“, dass klar wird: Hier geht nichts voran. Die Bundesregierung wirft Nebelkerzen. So sagt der Vorsitzende des Bundeswehrverbands auch folgerichtig, in der Öffentlichkeit würden „aus wahltaktischen Gründen falsche Erwartungen geweckt“.

Im zehnten Kriegsjahr bleibt das grundsätzliche Dilemma des Afghanistan-Krieges bestehen: Keiner kann sagen, was seine Ziele sind.

Es gibt keine ehrliche Debatte darüber, was angesichts der völlig verfahrenen Situation eigentlich noch erreichbar wäre. Niemand weiß, wann der deutsche Einsatz als erfüllt gelten kann. Die Erfolgskriterien sind butterweich formuliert.

Ebenso wenig herrscht Einigkeit darüber, wann der Einsatz eigentlich als gescheitert gelten darf. Wir führen Krieg

ins Blaue hinein. Und dies, obwohl sich die deutsche Bevölkerung seit Jahren mit überwältigender Mehrheit für einen Abzug der deutschen Truppen ausspricht.

Auch der zivile Wiederaufbau steht vor dem Scheitern. Die afghanische Zivilbevölkerung nimmt die westlichen Hilfsorganisationen zunehmend als Teil der Besatzungsmacht wahr. Das liegt auch an der immer engeren Verwebung von Militär und Entwicklungshilfe, die gerade von Entwicklungshilfeminister Niebel stark gefördert wird. So werden die Mitarbeiter von Entwicklungshilfeorganisationen zunehmend mit Truppenteilen verwechselt, die in Teilen ebenfalls für den zivilen Wiederaufbau verantwortlich sind. Die Hilfsorganisationen geraten so ins Fadenkreuz der Aufständischen.

Das Ergebnis: Die Zahl getöteter Mitarbeiter von Hilfsorganisationen ist seit 2009 um 47 Prozent gestiegen, die Zahl der Entführungen sogar um 60 Prozent. Währenddessen steigt auch die Zahl der zivilen Todesopfer weiter an.

Die Kosten des Krieges belaufen sich laut der Afghanistan Study Group derweil

auf etwa 140 Milliarden Dollar jährlich. Die Bundesregierung hat seit 2002 laut offiziellen Angaben mindestens 6,2 Milliarden Euro für den Einsatz ausgegeben. Die verdeckten Kosten freilich liegen weit höher.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung veranschlagt die tatsächlichen Ausgaben auf – je nach Abzugstermin – 18 bis 92 Milliarden Euro.

Diese Rechnung bezieht die ungleich höheren menschlichen Kosten nicht mit ein. 46 deutsche Soldaten sind bislang ums Leben gekommen, eine weit größere Zahl kehrt mit unverarbeiteten traumatischen Kriegserfahrungen nach Hause zurück.

Von Fortschritt in Afghanistan kann also keine Rede sein. Die Afghanistan-Strategie ist gescheitert. Die Verlängerung des Afghanistan-Mandats gibt deshalb, mehr denn je, Anlass zur Forderung: Raus aus Afghanistan! Und zwar so schnell wie möglich.

Wolfgang Neskovic, MdB,
Vorstandsmitglied
der Fraktion DIE LINKE.



Karikatur: Hänchen

Zum 92. Jahrestag der Ermordung von Karl und Rosa

Am 15. Januar ehrten wir, wie in jedem Jahr, zwei aufrechte Menschen, die vor 92 Jahren feige ermordet wurden.

Was haben sie getan, dass es ihren Feinden wert war, sie zu töten?

Rosa Luxemburg, die Tochter aus gutem Hause, mischte sich zu einer Zeit in die Politik ein, in welcher Männer bestimmten, wo es lang ging. Karl Liebknecht wurde durch sein Elternhaus politisch geprägt.

Beide kämpften konsequent gegen die aufkommende Kriegsgefahr in Deutschland und Europa. Dabei hatten sie nicht nur die rechtsgerichteten Kräfte gegen sich sondern auch die eigene Partei – die SPD, die einen Burgfrieden mit den anderen Parteien schloss. Nichts hielt Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht davon ab, Kriegsgegner zu mobilisieren, sich mit Publikationen gegen die damalige Politik – auch in ihrer eigenen Partei – zu stellen. Sogar aus dem Gefängnis heraus schallten ihre eindringlichen kämpferischen Botschaften. Und kaum waren sie auf freiem Fuße, da gründeten sie noch zwei Wochen vor ihrem Tode die Kommunistische Partei Deutschlands. Danach waren sie an den Januaraufständen beteiligt.

Der Tod dieser beiden aufrechten Menschen riss eine große Lücke in die Reihen der mutigen Kämpfer für die Arbeiter und gegen Krieg.

Die Geschichte wiederholt sich, wie es scheint. Die Themen, die vor 92 Jahren die Politik in Deutschland bestimmten, sind heute wieder aktuell.

Armut ist wieder aktuell in Deutschland – einem reichen Land, in welchem Menschen für Hungerlöhne arbeiten müssen – und die SPD schaut nicht nur zu! 6,7 Millionen Menschen sind auf Hartz IV angewiesen!

Rosa Luxemburg quittierte einmal die Aussagen von Kaiser Wilhelm II mit den Worten: Der Mann, der von der guten und gesicherten Existenz der deutschen Arbeiter spricht, hat keine Ahnung von den Tatsachen. Kommt uns das nicht sehr bekannt vor? Krieg ist wieder aktuell in Deutschland! 1914 schickte Deutschland seine Soldaten in den Krieg, damit sie ihr Land „verteidigen gegen die russischen Barbaren und die westliche Bedrohung“.

Und heute? Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt – und auch nicht am Horn von Afrika bei der Jagd auf Piraten, im Libanon oder sonst irgendwo auf der Welt. Krieg ist kein Mittel gegen Terrorismus – Krieg erschafft Terrorismus.

Würden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in der heutigen Zeit leben, würden sie genauso gegen Armut und Krieg kämpfen wie zu ihrer Zeit.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, treten wir dieses Erbe an!

Deshalb kommen wir jedes Jahr um diese Zeit zusammen, um dafür zu sorgen, dass Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und ihr mutiger Kampf für die gute Sache niemals vergessen wird. Und wir rufen alle, die nach uns kommen, dazu auf, das ebenfalls zu tun!

Sigrid Mertineit hielt die Rede



Ehrung in der Puschkinpromenade am 15. Januar

Foto: Horst Wiesner

Dresden und Cottbus nazifrei!

Am 13. Februar jährt sich wieder der Tag der Zerstörung Dresdens als Folge des faschistischen Weltkrieges.

Trotz ihrer Niederlage im vorigen Jahr durch die gelungene Blockade der Antifaschisten wollen die Nazis auch in diesem Jahr unter Mißbrauch dieses Tages marschieren. Um es den Blockierern schwer zu machen, haben sie lange Zeit mit zwei Daten operiert. Jetzt aber mobilisieren sie bundesweit für den 19. Februar.



Das heißt auch für uns: Wir fahren am 19. Februar nach Dresden, damit auch dieses Jahr klar ist: Dresden bleibt nazifrei!

Meldet Euch zur Mitfahrt an, der DGB organisiert einen Bus. Ihr könnt Euch direkt beim DGB oder auch in der Geschäftsstelle anmelden, tut dies unverzüglich, damit schnell ein Überblick über die Anzahl der Mitfahrer vorliegt und eventuell zusätzliche Mitfahrgelegenheiten organisiert werden können.

Ein ähnliches Szenario wird auch in Cottbus ablaufen.

Am 15. Februar ab 18.00 Uhr wollen die Nazis durch Cottbus demonstrieren. Wir wollen uns ihnen ab 17.30 Uhr entgegenstellen.

Einzelheiten der Aktion des Bündnisses Bunter Boykott entnehmt bitte den Tagesveröffentlichungen und folgt zahlreich den Aufrufen!

Geben wir Cottbus ein friedliches, buntes, offenes Gesicht ohne Nazis!

*Text: Sonja Newiak
Foto: www.petra-pau.de*

Aus meiner Sicht

Ist das wirklich alles nur „Geplänkel“?

Über fragwürdige LINKE-Streitkultur in der Programmdebatte

Ich sage es gleich ganz offen: Was sich gegenwärtig in den Führungsgremien unserer Partei abspielt, bereitet mir ehrlich Sorge. Und ich glaube, es ist nicht nur ein Bauchgefühl, sondern ernsterer Natur.

Wer meinte, der Politische Jahresauftritt Mitte Januar würde einen Schlussstrich unter die unsäglichen innerparteilichen Personal-Querelen ziehen, sah sich schwer getäuscht.

Statt sich endlich auf die Inhalte der Programmdebatte und die bevorstehenden Landtagswahlen zu konzentrieren, ging es munter weiter im alten Selbstbeschäftigungs-Stil. Man reibt sich die Augen und es klingeln einem die Ohren, was man da alles zu hören, zu sehen und zu lesen bekommt: Ein endloses Palaver über den „Porsche“ von Parteichef Klaus Ernst, „Entbehrungssozialismus“, eine innerparteilich umstrittene Kommunismus-Diskussion, grundsätzliche Vorbehalte zum Programmwurf bis hin zu Spaltungserüchten. Führende Genossen betiteln sich untereinander als Querulanten, Selbstdarsteller, Wichtigtuer und sogar als Denunzianten.

Bei allem Verständnis für die komplizierten Probleme unserer Zeit und in der Partei: Das geht zu weit! Wahlumfragen, wenn auch nur Momentaufnahmen, zeigen, dass dies nicht ohne Folgen für die LINKE geblieben ist.

Pluralismus ja, Meinungsfreiheit ja, aber miteinander und nicht gegeneinander! Wir sind doch alle in einer Partei.

Der Einzigen in Deutschland übrigens, die nach meiner Überzeugung für einen wirklichen Systemwechsel, eine echte gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus steht.

Das wegen subjektiver Befindlichkeiten, Arroganz, Wichtigtuerei und Geltungsbedürfnis Einzelner aufs Spiel zu setzen, wäre leichtfertig und im höchsten Maß sträflich. Wo Politik ins Persönliche und in Grabenkämpfe abrutscht, ist das auf die Dauer für eine Partei existenzbedrohend.

Deshalb kann ich Gregor Gysi nicht folgen, der in diesem Zusammenhang nur von „Geplänkel“ spricht. Für mich handelt es sich um ein grundsätzliches Problem

in der LINKEN. Es geht mir dabei vordergründig gar nicht so sehr um den Streit um Inhalte unserer Programmatik. Das ist oft nur Vorwand. Es geht um den Politikstil, um die Streitkultur. Und um die Instrumente, die dabei genutzt werden.

Eines der Grundübel ist, dass der „Dialog“ unter Genossen sehr oft nicht im persönlichen Gespräch sondern über die Medien geführt wird. Und ausgerechnet über jene, deren Anti-LINKE-Haltung geradezu sprichwörtlich ist, wie „Welt“, „Bild“, „Stern“, „Spiegel“, „Focus“ und all die anderen Spießgesellen. Für sie ist der Zoff unter Genossen natürlich ein gefundenes Fressen. Weil da manches Schmähwort zum neuen Zündfunken wird, persönliche Beleidigungen nicht ausbleiben und ein erwünschtes Selbstbild der Partei öffentlich gemacht wird.

Das Brandenburger Beispiel dafür ist der Disput zwischen dem hiesigen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Neskovic und Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (beide LINKE-Politiker). Wolfgang Neskovic ist totaler Gegner jeglicher Kohleverstromung und CCS-Technik und perspektivisch ausschließlich für erneuerbare Energien. Ralf Christoffers plädiert – wie im Rot-Roten-Koalitionsvertrag vereinbart – für einen Energiemix einschließlich der Kohleverstromung und CCS-Technik mit Präferenz zu erneuerbaren Energien.

Soweit – so gut. Und tatsächlich gibt es bei diesem komplizierten und sensiblen Sachverhalt viele Für und Wider. Darüber kann und muss man selbstverständlich auch sachlich streiten, auch öffentlich.

Aber bitte fair und mit dem notwendigen persönlichen Respekt voreinander. Jedoch das Abstempeln von Christoffers als „Fehlbesetzung“ und „Vasall von Vattenfall“ durch Neskovic u.a. in einem „Rundschau“-Gespräch ist – aus meiner Sicht – schlicht gesagt arrogant und anmaßend.

Klar, einem bekennenden Rot-Rot-Gegner wie der „Lausitzer Rundschau“ passen solche gegenseitigen Vorwürfe prima ins Konzept, zumal sie eine sofortige öffentliche „Protestresolution“ der

Brandenburger LINKE zur Folge hatten. Genauso stellen sich unsere politischen Gegner die Selbsterlegung der Partei vor.

Bleibt die Frage: Passen solche öffentlichen „Bewertungen“ unter Gleichgesinnten auch in unser Parteikonzept? Wem nutzen sie, wem schaden sie? Ist das die „Streitkultur“, die wir im Osten noch lernen müssen, weil wir ja alle hier so harmoniesüchtig sind und unsere innerparteilichen Probleme lieber intern klären möchten, wie Herr Neskovic meint.

Ehrlich gesagt, ich habe da so meine Probleme. Und nicht nur ich, wie ich aus Gesprächen mit Freunden und Genossen weiß. Immer wieder wird dabei die Frage gestellt: Wäre es nicht besser, vorher miteinander anstatt öffentlich übereinander zu reden? Mir soll keiner sagen, dass das nicht möglich ist!

Und wäre statt „Bild“ oder „Lausitzer Rundschau“ das „Neue Deutschland“ nicht mitunter das geeignetere Medium für innerparteiliche Auseinandersetzungen? Das hätte den zusätzlichen Doppelleffekt, dass „unser linkes Sprachrohr“ bundesweit im Gespräch ist und die Abo-Auflage davon profitiert.

Nein, nein – ich will Niemandem einen Maulkorb verpassen. Mir geht es einzig und allein um eine ehrliche, saubere, sachbezogene und solidarische Debatte unter LINKEN, wo die Steigerung von Feind eben nicht Parteifreund heißt. Das wäre ein echtes Alleinstellungsmerkmal.

Der Appell richtet sich dabei gar nicht so sehr an die Basis. Es handelt sich hierbei vorrangig um ein kollektives Führungsproblem. Klar, klingt ein wenig antiquiert, „stalinistisch“ angehaucht. Aber wenigstens ein bisschen davon würde uns allen jetzt guttun. Auch und vor allem mit Blick auf die weitere Programmdebatte und den bevorstehenden Wahlmarathon.

Vergeigen wir nicht, was wir in den zurückliegenden Jahren mit der LINKEN so erfolgreich auf den Weg gebracht haben. Verspielen wir nicht leichtfertig diese unsere historische Chance.

Joachim Telemann

Feliks Andrian, DIE LINKE.Bautzen:

„Ich fühlte die Bedeutung und die Größe unserer Arbeit“



Als Mitglied der Europäischen Linkspartei ist unser Kreisverband aktiv im „Ständigen Forum der Europäischen Linken – der Regionen“ (SFEL-R).

Ich hatte die Gelegenheit, dank des Vertrauens meines Kreisverbandes, am 3. Kongress der EL in Paris teilzunehmen. Ja ich spürte diese Bedeutung und die Größe dieser Arbeit, als ich am Infostand des SFEL-R gemeinsam mit Genossen aus Mittelböhmen (CZ), Brandenburg und Nordbayern unser Netzwerk innerhalb der EL vertrat. Gemeinsam mit unserem Sprecher des SFEL-R, Genossen Jaromír Kohlíček, der auch offizieller Delegierter der KSCM war, standen wir den Delegierten und Besuchern des Kongresses Rede und Antwort und berichteten über unsere internationalistische und solidarische Zusammenarbeit.

Als Gastgeber des Kongresses fungierte die französische Kommunistische Partei (PCF). Sie stellt aktuell nicht nur den neu gewählten Vorsitzenden Pierre Laurent der EL, ihr Wirken und ihre innerparteiliche Situation ist in gewisser Weise auch charakterlich für die Situation der Linken in Europa. Die Einigkeit der LINKEN zu schmieden, das war das wesentliche dieses Kongresses. Historisch war der Kongress 2004 in Rom. Glücklicherweise haben die Führungspersonlichkeiten aus der reichen Geschichte der LINKEN gelernt und entschieden, gemeinsam die Probleme in diesem vereinigten Europa zu lösen, in dem das Kapital regiert.

Da wir keine offiziellen Delegierten zum Kongress waren, bestand unsere Aufgabe, wie ich schon ausführte, in der Vorstellung des SFEL-R. Wobei die Achtung und Aufmerksamkeit, die uns von Seiten der EL entgegen gebracht wurde,

durchaus den gleichen Rang hatte, wie alle anderen Parteien.

Delegierte aus Rumänien, Österreich, Portugal oder Spanien interessierten sich für unsere politische regionale Arbeit. Besonders interessant war für mich ein Gespräch mit zwei französischen Genossen, die nach Neugründung weiterer zweier Linksparteien in Frankreich, die auch der EL wie die PDF angehören, nicht mehr organisiert sind. Sie waren durch die Wahlniederlage der PCF, nach ihrer Regierungsbeteiligung so enttäuscht, dass sie aus ihrer Partei austraten. Eine Reaktion, die uns aus den Erfahrungen der LINKEN in Deutschland durchaus nicht fremd ist. Hier fühlte ich, wie groß unsere Aufgabe ist, Verbindungen und Strukturen zu schaffen, die das politische Leben in der EL erlebbar machen. Durch meine vielseitigen Sprachkenntnisse konnte ich als Dolmetscher hier einen Beitrag leisten.

Natürlich hatten wir auch Gelegenheit, den Kongress und seine Ergebnisse direkt zu verfolgen. Ich hatte das Gefühl, die EL ist in ihrer Entwicklung einen

Schritt weiter. Die 37 Parteien in der EL, mit einem unterschiedlichen Status als Beobachter und Mitglied, diskutierten nicht mehr so kontrovers wie früher bei ihren Tagungen. Kurzum, die Europäische Linkspartei ist sich ihrer schweren Aufgabe bewusster geworden, die täglichen Nöte ihrer Landsleute in der Krise des Kapitalismus zu verstehen und zu bekämpfen.

Es sind Solidarität und Verständnis zwischen den Parteien gewachsen. Bei allem, was ein Wahlkongress an personellen Debatten mit sich bringt, glaube ich, mein Eindruck und Bericht spiegelt den Stand der Entwicklung in der EL wider. Es wird noch viel Kraft kosten, die Europäische Linkspartei zu einer starken parlamentarischen und außerparlamentarischen politischen Kraft zu entwickeln, aber ein Anfang ist gemacht. Wir alle müssen in unseren Basisorganisationen darüber miteinander sprechen.

Unsere Nachbarn im Dreiländereck und darüber hinaus sind Teil dieser EL. Lasst uns die Ergebnisse des Kongresses diskutieren und umsetzen.



Delegation des Netzwerkes SFEL-R beim 3. Kongress der Europäischen Linken in Paris
Foto: Fridjof Newiak

Überlegungen eines älteren Wählers der Partei DIE LINKE.

Zum Artikel von René Lindenau zur Programmatik und zum Beitrag zur Programmdebatte

Sprachliche Ungenauigkeiten und pauschale Verdikte zum Charakter der DDR bedienen den Hass der heute Herrschenden gegen den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden.

Obwohl man René Lindenau nicht unterstellen sollte, das „Geschäft“ des politischen Gegners betreiben zu wollen, so stellen die geschichtlichen Ausgangspunkte seiner Überlegungen eine Hürde für eine realistische Bestimmung heutiger linker Politik dar.

Die Reduzierung der DDR auf „undemokratischen“ Sozialismus (angelehnt an Michael Brie: Die DDR sei sozial aber nicht demokratisch gewesen, was zumindest einen sprachlogischen Widerspruch enthält) hält einer wissenschaftlich kritischen Analyse nicht stand.

Dazu gehört die Selbstverständigung zum Begriff „demokratisch“. Was ist „Demokratie“? Benutzt man den Begriff für die Bezeichnung von Politik „gemäß den Volksinteressen“, dann kommt man doch auch als Nichtwissenschaftler nicht darum herum, zu unterscheiden, was in der DDR im Interesse des Volkes war und was nicht. Es gab beides. Was wog schwerer?

Meines Erachtens wog die Herstellung des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln schwerer als alle Defizite, die es in demokratischer Hinsicht auch gegeben hat und deren hauptsächliche Faktoren ich auch benennen möchte.

Warum wog die Tatsache sozialistischen Eigentums an den hauptsächlichen Produktionsmitteln auf der Waagschale der Demokratie schwerer? Dieser revolutionäre Akt in der Gründungs- und Frühphase der DDR schnitt jede Herrschaftsgewalt der großen Konzerne und Großgrundbesitzer ab.

Damit wurde die politische Gewalt derjenigen gesellschaftlichen Kräfte beschnitten, die den Faschismus als eine geeignete Herrschaftsform betrachteten und Hitler an die Macht brachten und die im Westen die Politik der Teilung Deutschlands, der Wiederaufrüstung, der Ausbeutung der Dritten Welt betrieben, die Verharmlosung des Faschismus praktizierten und neofaschistische Organisa-

tionen bzw. revanchistische Vertriebenenverbände förderten.

Die Macht solcher politischen Kräfte zu verhindern war in Volkes Interesse – unabhängig davon, ob das von allen Menschen subjektiv so empfunden wurde oder nicht (zumal die faschistische Propaganda von vor 1945 auch in einem Teil der DDR-Bevölkerung der 50er und 60er Jahre ihre Langzeitwirkung zeitigte).

Der sozialistische Aufbau in der DDR vollzog sich unter unendlichen Mühen von mehreren Generationen, von denen ein beträchtlicher Teil mit ehrlicher Arbeit, zum Teil mit großer Aufopferung, die Kriegsschäden beseitigt und eine wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung realisiert hat, die auf vielen Gebieten international hoch anerkannt wurde. Dazu genügt ein Blick auf die Bilanzen der umfangreichen Exporte in alle Welt (einschließlich Hunderter im Bezirk Cottbus hergestellter Großgeräte des Braunkohlentagebaus unter anderem bis nach Australien). Auf diese Weise konnte der Lebensstandard kontinuierlich wachsen – und das im Wesentlichen ohne ausländische Hilfe.

Es gab keine „Auslandseinsätze“ der Armee, keine Bankenkrise, kein Hartz IV, keine Obdachlosen. War das etwa undemokratisch? Allein diese Tatsachen sind so bedeutend, dass man pauschal von einer „undemokratischen DDR“ kaum sprechen kann, es sei denn, man erliegt dem Tenor der Verteufelung der DDR, wie sie die bürgerlichen Medien seit 1949 betrieben haben.

Dies hervorzuheben bedeutet nicht, Defizite in der Demokratieentwicklung der DDR zu ignorieren oder zu beschönigen. Dazu gehörte die stete Tendenz in der SED als führender gesellschaftlicher Kraft, den demokratischen Zentralismus zugunsten des Zentralismus zu verfälschen, so dass die politische Macht mehr und mehr zu den hauptamtlichen Funktionären der Partei übergang und die gewählten Organe immer weniger in die gesellschaftliche Entwicklung eingriffen.

Das führte zu vielen Hemmnissen objektiver und subjektiver Art, wobei diese Defizite selbst objektive und subjektive

Ursachen hatten, die längst noch nicht alle erforscht sind. Zu den Defiziten gehörte auch das Fehlen einer Verwaltungsgerichtsbarkeit, die durch eine strikte und hocheffektive Eingabebearbeitung (die von den DDR-Bürgern lebhaft genutzt wurde) nicht kompensiert werden konnte.

Dass eine neue Gesellschaftsordnung nur von Menschen aufgebaut werden kann, die selbst nicht fehlerfrei sind, versteht sich von selbst. Bei allen katastrophalen Defiziten (deren Bedeutung für den Niedergang der DDR nicht unterschätzt werden darf) kann keinesfalls der Schluss gezogen werden, die DDR sei generell „undemokratisch“ gewesen. Das widerspricht den historischen Fakten.

Eine „undemokratische DDR“ entspringt nicht der gewesenen Realität, sondern dem Denken der bürgerlichen Klasse, weil die Bourgeoisie in der DDR keine demokratischen Rechte hatte. Die hatten zu einem bedeutenden Teil die Arbeiter und Bauern mit einem Arbeitsgesetzbuch, das in Europa von einmaliger Güte war (was heute unter anderem zu den demokratischen Defiziten der BRD gehört).

All dies ist keine subjektive Ermessensfrage und keine Frage dieser oder jener Lebenserfahrung. Hier können nur Ergebnisse einer wissenschaftlich begründeten Forschung zählen, die die Interessen der arbeitenden Menschen im Blick hat.

Inzwischen gibt es genügend wissenschaftlich anspruchsvolle Werke, die solche wesentlichen Fragen eindeutig beantworten. Hier sei beispielsweise auf die Schriften der beiden Professoren Horst Schneider und Erich Buchholz sowie auf den Autor Ralph Hartmann verwiesen. Diese Literatur macht noch etwas anderes deutlich: Ohne eine differenzierte Sicht auf den Charakter der DDR, die historisch wahrhaftig die überwiegenden demokratischen Vorteile gegenüber der heutigen Situation hervorhebt, kann kaum eine nachhaltige, genaue Bestimmung linker Politik erfolgen.

(Fortsetzung auf Seite 11)

Überlegungen eines älteren Wählers der Partei DIE LINKE.

(Fortsetzung von Seite 10)

Das bürgerliche geschichtsfälschende Verdikt von der „undemokratischen“ oder gar „stalinistischen“ DDR darf nicht in die Diskussion um das Programm einer linken Partei eindringen (zumal der Begriff „Stalinismus“ nicht wissenschaftlich definiert ist und heutzutage lediglich als Kampfbegriff antikommunistischer Hysteriker dient). Wer das zulässt oder gar selber betreibt, errichtet Hürden für die Zukunft und stellt sich abseits von der Wissenschaft.

Aber Sozialismus und Wissenschaft sind untrennbar! Wer diese Literatur ignoriert, stellt sich – ob er will oder nicht – auf die Seite der reaktionärsten Kräfte der Gesellschaft. Und deren vornehmliches Interesse ist die Verteufelung der DDR, um von den heutigen Defiziten abzulenken und die Tatsache einer realistischen, in der Praxis bestätigten Alternative zum Kapitalismus zu leugnen.

Wer sich kompetent zum Programmentwurf der Partei DIE LINKE. äußern will, sollte dies bedenken.

Sebastian Zachow-Vierrath

Das Böse

Ein Mensch – was noch ganz ungefährlich erklärt die Quanten (schwer erklärlich!). Ein zweiter, der das All durchspäht, erforscht die Relativität. Ein dritter nimmt, noch harmlos, an, Geheimnis stecke im Uran. Ein vierter ist nicht fernzuhalten von dem Gedanken, kernzuspalten. Ein fünfter – reine Wissenschaft – entfesselt der Atome Kraft. Ein sechster, auch noch bonafidlich, will die verwerten, doch nur friedlich. Unschuldigen wirken sie zusammen: Wen dürften, einzeln wir verdammen? Ist's nicht der siebte erst und achte, der Bomben dachte und dann machte? Ist's nicht der Böseste der Bösen, der's dann gewagt, sie auszulösen? Den Teufel wird man nie erwischen: Er steckt von Anfang an dazwischen.

Eugen Roth, (1895–1976)

Ein etwas längerer Besuch

Praktikumsbericht von Frank Ziminske

Vom 15. November 2010 bis zum 9. Januar 2011 war es endlich soweit – ein Praktikum bei einer Partei – bei der LINKEN. Viele Erfahrungen wurden gesammelt, viele Erkenntnisse gewonnen.

Doch warum eigentlich DIE LINKE.? Und wie kam es überhaupt dazu? Fragen, welche mir sehr häufig gestellt wurden und die ich an dieser Stelle gerne nochmal beantworten möchte.

Im Rahmen meines Kultur- und Technik-Studiums an der BTU Cottbus ist ein sechswöchiges Praktikum vorgeschrieben. Wo man es absolvieren möchte, ist dabei Jedem selbst überlassen. Und da kam mir der Gedanke, dieses doch in einer Partei zu absolvieren. Als politisch interessierter Mensch wollte ich zudem schon immer mal sehen, wie die Arbeit in einer Partei aussieht. Aufgrund meiner politischen Einstellung (gegen Afghanistan-Einsatz, für eine Bürgerversicherung und Abschaffung von Hartz IV) bin ich schließlich in der Kreisge-

schäftsstelle gelandet, wo ich nach einem Gespräch mit dem Kreisgeschäftsführer André Groß und dem Ausfüllen der Formalien sofort loslegen konnte. Nun ja, ich konnte zumindest fast sofort loslegen.

Am Anfang musste natürlich noch der Arbeitsplatz eingerichtet werden, welcher zugleich im Raum des KGF eingerichtet werden sollte.

Dabei ist mir schon eine wichtige Lektion in der Politik zuteil geworden: Wenn du etwas haben möchtest, dann tu es am Besten selbst. Gelernt, getan. Einen Rechner sowie einen Bildschirm geschnappt und zu meinem Arbeitsplatz transportiert. Nun konnte die politische Arbeit in der Geschäftsstelle beginnen.

Die Arbeit selbst war anders als ich bei mir zunächst dachte. So sollte ich etwa bei den Haushaltstätigkeiten mithelfen

(wie Zeitungsmüll raustragen oder Brötchen schmieren), was zwar kein Problem darstellte, aber trotzdem etwas überraschend war. In vielen Berufen ist es nämlich nicht selbstverständlich, dass bei Haushaltstätigkeiten mitgeholfen wird.

Doch es gab auch weitaus spannendere Aufgaben, wie zum Beispiel:

die Teilnahme an Fraktionssitzungen, die Erarbeitung einer besseren Internetpräsenz, das Austragen von Zeitungen oder auch das schlichte Unterhalten mit GenossInnen.

Das Highlight des Praktikums stellte dabei die Betreuung und Gestaltung des Standes der LINKEN auf der größten Bildungs- und Jobbörse Brandenburgs (IMPULS) dar. Dafür mussten unter anderem Formulare ausgefüllt, Werbematerial bestellt und der Landtagsabgeordnete Marco Büchel eingeladen werden. Auch das Quiz und die Praktikumsflyer wollten aktualisiert und gefertigt werden. Deswegen bin ich froh darüber,

dass der Stand so gut aussah und alles reibungslos geklappt hat. Das soll es auch schon zu meinem Praktikumsbericht gewesen sein.

Abschließend möchte ich mich noch besonders bei André Groß, André Kaun und Anneli Richter bedanken, welche stets ein offenes Ohr oder einen guten Ratschlag für mich hatten. Aber auch allen anderen GenossInnen ein herzliches Dankeschön von mir für die aufregende Zeit in der Kreisgeschäftsstelle.

•••••

PS: Natürlich sind auch in Zukunft weitere Praktikanten in der Kreisgeschäftsstelle jederzeit herzlich willkommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, schickt ruhig Eure Kinder oder Enkel zu uns!



„Und weil der Mensch ein Mensch ist...“

...drum braucht er was zu essen – bitte sehr! Es macht ihn ein Geschwätz nicht satt – das schafft kein Essen her!“ So dichtete einst Bertolt Brecht im Einheitsfrontlied. Jemand hätte es der geheimen Arbeitsgruppe öfters vorspielen sollen, als diese die neuen Regelsätze für die Hartz-IV-Empfänger „berechnete“.

Von Offenheit und Transparenz bei der Neufestsetzung der Regelsätze konnte nicht die Rede sein. Und so gab die Fraktion der LINKEN im Bundestag eigene alternative Berechnungen in Auftrag. Heraus kam ein Bericht, der Erschreckendes offenbart. Nicht nur, dass willkürlich hohe Abschläge vorgenommen wurden. Von Anfang an gab es eine „Zielgröße“: 364 Euro Eckregelsatz, verbunden mit der Maßgabe des Finanzministers: Im Haushaltsplan werden keine zusätzlichen Mittel für eventuelle Regelsatzerhöhungen bereitgestellt. Also musste so gerechnet werden, damit es „passte“. (*)

Unsere Experten fanden dies heraus:

1. Die Auswahl bzw. Veränderung der Referenzgruppe:

Mit hinein gerechnet wurden die so genannten „verdeckt Armen“. Das sind Menschen, die ein so geringes Einkommen haben, dass sie unter dem Sozialhilfesatz liegen, die jedoch entweder keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben oder diesen nicht geltend machen. Schon die Herausnahme der verdeckt Armen hätte eine Regelsatzerhöhung von 28 Euro bewirkt. Inwieweit sich die Herausnahme von AufstockerInnen aus der Referenzgruppe auf die Regelsatzerhöhung ausgewirkt hätte, konnte der Bericht nicht ausweisen, da hierzu keine Rohdaten zur Verfügung standen. Die Zusammensetzung der Referenzgruppe gibt ebenfalls zu denken. Etwa vier Prozent sind Selbständige, 19,6 Prozent Beschäftigte, 20,2 Prozent Erwerbslose, 37,7 Prozent RentnerInnen und Pensionäre und 18,2 Prozent sind sonstige Nicht-Erwerbstätige. Die Bundesregierung erweckt jedoch den Anschein, dass der Regelsatz aus

dem Einkommen von Beschäftigten berechnet würde.

2. Willkürliche Abschläge: Die Abschläge fielen teilweise so drastisch aus, dass man sich wirklich fragen muss, was ein Hartz-IV-Empfänger überhaupt noch kaufen darf. Ein Verzicht auf solche nicht zwingenden Abschläge hätte eine Regelsatzerhöhung von 150 Euro zur Folge (wenn die verdeckt Armen in der Referenzgruppe verbleiben – ohne diese Personengruppe betrüge die Erhöhung immer noch 101 Euro).

3. Die Berechnungsgrundlage: Die EVS hat laut dem alternativen Bericht ein strukturelles Problem: Sie gibt nur

doch wurden jeweils nur die Auswertungen berücksichtigt, die geringere Ausgaben auswiesen.

4. Kinderregelsätze: Die Ausgaben für Kinder in Paarhaushalten wurden nicht separat ermittelt. Daher wurden diese Ausgaben mit einem Schlüssel errechnet. Eine höchst fragwürdige Methode. Unsere Experten befürworten hier das Modell des fiktiven Warenkorbtes als Berechnungsgrundlage.

5. Regelsätze in Paarhaushalten: In Paarhaushalten erhält der Ehe- bzw. Lebenspartner nur 90 Prozent des Regelsatzes. Begründet wird das mit Synergieeffekten – zwei zusammen lebende Menschen verbrauchen ins-

gesamt weniger. Im Bericht unserer Experten wird das widerlegt: Das Statistische Bundesamt ermittelte, dass ein Einpersonenhaushalt im gesamten Einkommensdurchschnitt monatliche Ausgaben von 886 Euro hat, ein Paarhaushalt ohne Kind jedoch 1805 Euro monatlich im Durchschnitt ausgibt. Das sind 203,7 Prozent eines Einpersonenhaushaltes!

Als bedarfsgerechten Regelsatz für Hartz-IV-Empfänger berechneten unsere Experten einen Regelsatz von

monatlich 513 Euro zuzüglich der Kosten für die Unterkunft. Würde man noch die verdeckt Armen und die AufstockerInnen aus der Referenzgruppe herausnehmen, würde der Regelsatz noch höher ausfallen, jedoch liegen nicht genügend Rohdaten für eine genaue Berechnung vor.

Weil wir anfangs vom Essen sprachen: Einer der von unserer Fraktion beauftragten Experten errechnete, dass im Jahr 2009 für einen Erwachsenen monatlich 192 Euro für eine ausreichende Ernährung notwendig gewesen wären. Das sind 64 Euro mehr als die Bundesregierung den Armen dieses Landes zugesteht. Weil für sie der Mensch kein Mensch ist, sondern nur eine Größe im Haushaltsplan.

(*) Ich verweise auch auf meinen Artikel zur Regelsatzberechnung in der „Herzblatt“-Ausgabe vom Oktober 2010.

Sigrid Mertineit



die tatsächlichen Ausgaben der Referenzgruppe wieder, nicht aber den tatsächlichen Bedarf. Hinzu kommt, dass durch die künstliche Verkleinerung der Referenzgruppe von 20 Prozent auf nur noch 15 Prozent der unteren Einkommen die Anzahl der „Fallhaushalte“ (besonders der Haushalte mit Kindern) stark gesenkt wurde und dadurch die Zuverlässigkeit der erhobenen Daten nicht gewährleistet ist. Ein Beispiel: In die EVS sind vier Haushalte mit eingeflossen, die angaben, drei Monate lang null Cent für Ernährung ausgegeben zu haben. Recherchen der von unserer Bundestagsfraktion beauftragten Experten ergaben zumindest in zwei Fällen, dass diese Personen ihre Lebensmittel von örtlichen Tafeln bezogen. Zur Berechnung des Regelsatzes zog die Bundesregierung auch einige Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes hinzu – je-

Energiepolitik – mein Standpunkt

1. Ausgangslage

Rund 16 000 Beschäftigte in der Lausitz sind direkt oder indirekt von Vattenfall abhängig. Fast die Hälfte der Wertschöpfung in der Region geht auf Vattenfall zurück, das heißt also, dass wir hier in der Region in diskussionswürdiger Art und Weise von einem Konzern abhängig sind. Das heißt aber auch, dass wir das Innovationspotenzial jenseits von Kohle und Chemie in Zusammenarbeit von Politik, Industrie, Handwerk und Wissenschaft massiv stärken müssen, um eben zukunftsfähige Unternehmen zu gründen, zu schaffen, sie zu unterstützen.

Dies muss die Zukunft der Lausitz sein, die Voraussetzungen haben wir.

2. Braunkohleförderung - Verstromung

Ich glaube, dass wir für einen noch langen Zeitraum nicht auf die Braunkohleverstromung verzichten können. Die Versorgung, die verlässliche Versorgung, mit erneuerbarer Energie wird länger dauern als wir alle es wahrhaben wollen.

Versorgungssicherheit mit bezahlbarer Energie ist ein wichtiger Standortfaktor. Die Energie muss für den Bürger, das Unternehmen bezahlbar bleiben. Das ist praktische Daseinsfürsorge.

Natürlich ist es richtig, dass Kohle klimafreundlich verstromt werden muss. Die alleinige Überbetonung des Zweiges erneuerbare Energien, unter Vernachlässigung der anderen Fakten, ist falsch.

Unter diesen Aspekt halte ich die CCS-Technik für einen Weg, der beschritten werden sollte. Wichtig ist hierbei, es ist ein Weg. Dieser setzt aber ein CCS-Gesetz voraus.

Die Entscheidung der Bundesregierung für längere Laufzeiten der Atomkraftwerke ist unter dem Aspekt der Benachteiligung der Kohlekraftwerke falsch und einseitig.

3. Bevölkerung

Der Bevölkerung in der Lausitz, vor allem in den von der Abbaggerung betroffenen Dörfer beziehungsweise den Menschen in der Umgebung, muss bei tatsächlicher Notwendigkeit der Abbaggerung ein Weg aufgezeigt werden.

Die Ängste, Sorgen und Nöte dieser Menschen ist zur Kenntnis zu nehmen und im Dialog zumindest zu versuchen, zu begegnen.

Der Schritt an sich ist unsagbar schwer. Gefühle, Heimatverbundenheit, Angst und Sorgen bestimmen die Betroffenen. Dies gilt jedoch mindestens genauso für die Menschen, die unmit-

telbar beziehungsweise mittelbar vom Arbeitsplatzverlust betroffen sind.

Insoweit ist eine einvernehmliche Lösung zwischen allen Interessen sehr, sehr schwierig.

Im Interesse des ganzen Landes müssen jedoch Entscheidungen frühzeitig, mit den Betroffenen zusammen, gefällt werden.

Wir haben auch zur Kenntnis zu nehmen, dass ein Volksbegehren zur Thematik massiv gescheitert ist. Dies ist eine Tatsache, die nicht außer Acht gelassen werden darf.

FAZIT

Wir benötigen für einen langen Zeitraum einen Energiemix aus erneuerbaren Energien und aus der Braunkohleverstromung. Auf dem weiteren Weg müssen wir die einseitige Abhängigkeit von Vattenfall beenden.

Diese Überlegungen spiegeln ausschließlich meine persönlichen Überzeugungen wieder. Mir ist dabei bewusst, dass ich auch Widerspruch hervorrufe. Ich bin gern bereit, dies im Dialog zu besprechen.

*Jürgen Maresch,
Ortsvorsitzender
DIE LINKE. Cottbus*

Ein Mythos bröckelt

Die Bedeutung von CCS für die Lausitz / Diskussionsbeitrag auf der Lausitzkonferenz des DGB

Zunächst eine Vorbemerkung, da sich viele noch an die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue“ erinnern werden. Es ist damals bei vielen Menschen nicht angekommen, dass das dort vorgeschlagene Konzept ein Kompromißvorschlag war.

Die Verunsicherung über einen möglichen Rückzug Vattenfalls aus der Lausitz Ende September 2010 hat für viele dann erstmals ein Ende der Braunkohlenwirtschaft in der Lausitz denkbar gemacht. Ich hoffe, dass der Vorschlag der Volksinitiative nun vielleicht in anderem Licht gesehen wird, denn Ausstieg könnte auch viel schneller gehen.

Seit dreieinhalb Jahren diskutieren wir über neue Tagebaue und genauso lange sind Arbeitsplätze das Hauptargument dafür. Da ist es doch erschreckend, dass

seit dreieinhalb Jahren kein einziges Gutachten zu der Frage vorliegt, wie viele Arbeitsplätze diese neuen Tagebaue eigentlich sichern könnten.

Wir bekommen immer nur Zahlen der Gegenwart oder Vergangenheit zu hören. Zum Betriebszeitraum neuer Tagebaue nach 2020 gibt es weder Aussagen von Vattenfall noch unabhängige Gutachten. Ich sehe die Landesregierung eindeutig in der Pflicht, das nachzuholen und ein solches unabhängiges Gutachten zu beauftragen. Damit würde überhaupt erst einmal eine Grundlage zur sachlichen Diskussion geschaffen. Die anstehende Fortschreibung der Energiestrategie ist dazu der richtige Anlass.

Herr Knauber von Vattenfall hat heute vormittag ein Gutachten des Öko-In-

stitutes so gelobt, weil es sich für CCS ausspricht.

Ich möchte dieses Gutachten ein wenig näher beleuchten. Es heißt „Modell Deutschland“ und wurde vom WWF beauftragt. Die Ergebnisse müssten aus drei Gründen eigentlich sehr im Sinne der Lausitzer Gewerkschafter sein: Erstens geht es von der Umsetzung des Atomausstieges aus und zweitens von der Anwendung von Braunkohle-CCS.

Nämlich „wird unterstellt, dass diese Technologie ab 2025 zunächst in neuen Braunkohlekraftwerken und ab 2035 auch in neuen Steinkohlekraftwerken eingesetzt wird, und dass die Speicherung von CO₂ nachhaltig und sicher ist“.

(Fortsetzung auf Seite 14)

Ein Mythos bröckelt

(Fortsetzung von Seite 13)

Drittens wurde dieses Gutachten in Zusammenarbeit mit Prognos erstellt, also der Firma, die im Streit um Horno immer im Sinne der Tagebaubefürworter begutachtet hat.

Aufgabe der Studie war, herauszuarbeiten, wie Deutschland seine Klimaschutzziele bis 2050 erreichen kann. Heraus kam aber folgendes: Die Stromerzeugung aus Braunkohle müsste bis 2020 auf 85,9 Terrawattstunden, also 56 Prozent der Menge von 2005 sinken, später auf 37 Prozent und würde auch nicht wieder ansteigen.

Vergleichen Sie das bitte mal mit den Tagebauplanungen, die konstante Fördermengen sicherstellen wollen und mit den Arbeitsplatzversprechen, die im Zusammenhang mit CCS gemacht wer-

den. Um den Strukturwandel weg von der Braunkohle kommt die Lausitz also in keinem Fall herum.

Auf der anderen Seite würden auch für diese deutlich schrumpfende Braunkohlewirtschaft die Endlager in Beeskow oder Neutrebbin nicht ausreichen.

Es ist uns gerade in der letzten Sitzung des Braunkohlenausschusses noch einmal von Vattenfall bestätigt worden: Beeskow oder Neutrebbin sind für das Demonstrationskraftwerk gedacht.

Wird in Jänschwalde ab 2020 ein kommerzielles CCS-Kraftwerk errichtet, so müssen weitere Endlager gefunden werden, in Regionen, in denen die Menschen das heute noch gar nicht ahnen. Das heißt, hier würde schon wieder die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Schon mehrfach wurde heute das China-Indien-Argument angesprochen.

Auch dazu eine Bemerkung. Jeffrey Michel verdanke ich den Hinweis auf eine Reuters-Meldung vom 30. November. Dort ist zu lesen, dass Indien inzwischen einen steigenden Anteil seines Kohlebedarfes importieren muss. Das bedeutet, mit CCS und seinem Mehrverbrauch an Brennstoff würde Indiens Importabhängigkeit steigen! Effizienzsteigerung und Erneuerbare Energien verringern den Ressourcenverbrauch. CCS dagegen erhöht ihn, sowohl bei Kohle als auch bei Wasser.

Wie groß das Interesse an einer breiten Anwendung in Ländern wie China und Indien tatsächlich sein wird, muss deshalb kritisch hinterfragt werden. Möglicherweise wird darüber in Brandenburg mehr geredet als in diesen Ländern selbst.

René Schuster, Grüne Liga

Einladung zum Frauentag

Im Rahmen der 21. Brandenburgischen Frauenwoche vom 4. bis 13. März 2011 laden wir am 8. März ab 18.00 Uhr herzlich zu einer Veranstaltung ins Stadthaus am Altmarkt 21 (Großer Saal) ein!

In einem moderierten Streitgespräch auf Einladung des Ortsvorstandes DIE LINKE.Cottbus und der SPD Cottbus stellen wir anlässlich des 100. Jahrestages des Internationalen Frauentages die Frage: Wie setzen wir zeitgemäß die Tradition fort? Als Teilnehmer des moderierten Streitgespräches haben zugesagt:

Frau Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag,

Frau Ministerin Dr. Martina Münch,

Herr Jürgen Schlicker, Vorsitzender der Berlin-Brandenburger Väterinitiative Cottbus und

Herr Volker Mihan, Evangelische Brüder-Unität und Leiter der Arbeitsgruppe „Vater-Kind-Beziehung“ des Lokalen Bündnisses für Familie Cottbus.

Moderation: Gaby Grube

Einhundert Jahre Frauenbewegung haben enorme gesellschaftliche Veränderungen in der Stellung der Frau bewirkt. Es gibt aber auch Situationen, in denen sich Männer gesellschaftlich ungleich behandelt fühlen. Deshalb stehen solche Fragen oder Probleme im Mittelpunkt des Gespräches wie

- Die Geschlechterfrage im gesellschaftlichen Kontext.
- „An der Stellung der Frau in der Gesellschaft kann der gesellschaftliche Fortschritt gemessen werden“ – Das gilt doch auch heute noch? – Wie sieht es damit aus?
- Die Frau im 21. Jahrhundert zwischen Pflicht und Kür.
- Ist der Frauentag noch zeitgemäß?
- Brauchen wir andere Ansätze in der Gleichstellung der Geschlechter?

Sicher alles sehr interessante, spannende Fragen! Aber nicht nur das gehört zum Inhalt dieser Veranstaltung. Musikschülerinnen und -schüler erfreuen uns sowie ein Kurzkabarett, vorgetragen von der Senftenberger Schauspielerin Barbara Kurzhals, begleitet vom Pianisten Conrad Haase, Rothenstein. Bei einem Imbiss können dann die Gespräche weiter vertieft und fortgesetzt werden.

Wir laden ausdrücklich nicht nur Frauen, sondern auch Männer herzlich ein!

Im Namen des Ortsvorstandes: Gudrun Hibsich

In Erinnerung an Eva Strittmatter

In der Nacht vom 3. zum 4. Januar 2011 ist Eva Strittmatter verstorben.

Ihre Lyrikbände haben Millionenauflagen. Sie schreibt von der einfachen Sache: Geburt und Tod und der Zwischenzeit.

In ihrer Poesie des Alltags finden Menschen Halt, gerade weil sie bekennt, was andere in sich vergraben.

Es ist der 3. September 2009, als Irmtraud Gutschke auf Einladung der „Bücherei Sandow“ ihr Buch „Eva Strittmatter – Leib und Leben“ hier in Cottbus vorstellt.

Wiederholt hat Irmtraud Gutschke mehrerer Tage in Schulzenhof gewohnt und mit der Lyrikerin über ihr Leben gesprochen. Ein Gespräch per Du.

Eva Strittmatter erzählt von ihren persönlichen Erschütterungen, vom Entstehen ihrer Gedichte und meint schließlich dann: „So ausführlich habe ich noch nie über mich selbst gesprochen: über meine Kindheit, über mein Leben mit Erwin und über mein Schreiben.“

Und in diesem Buch selbst finden wir: „Die Nerven vibrierten. Ich konnte mit mir selbst nicht existieren, wenn ich nicht so ein Ventil fand in einem Gedicht. In einer Situation, als es so schlimm war, habe ich dieses Gedicht geschrieben:

Vor einem Winter

Ich mach ein Lied aus Stille
Und aus Septemberlicht.
Das Schweigen einer Grille
Geht ein in mein Gedicht.

Der See und die Libelle.
Das Vogelbeerenrot.
Die Arbeit einer Quelle.
Der Herbstgeruch von Brot.
Der Bäume Tod und Träne.
Der schwarze Rabenschrei.
Der Orgelflug der Schwäne.
Was es auch immer sei.

Das über uns die Räume
Aufreißt und riesig macht
Und fällt in unsre Träume
In einer finstren Nacht.

Ich mach ein Lied aus Stille.
Ich mach ein Lied aus Licht.
So geh ich in den Winter.
Und so vergeh ich nicht.“

1930 in Neuruppin geboren, lebte Eva Strittmatter seit 1954 als freie Schriftstellerin in Schulzenhof.

*Gudrun Hibsich,
Vereinsvorsitzende
„Bücherei Sandow e.V.“*

Leserbrief

Dank ans „Herzblättchen“

Hallo, liebes „Herzblättchen“!

Deine letzte Nummer 2010 gut! Gratuliere! Ich meine, Du hast die Zukunft im Blick, wenn Du künftig die Vergangenheit sichtbar machen willst. Sogar gesamtdeutsch!!! Das wird uns zum besseren Selbstverständnis führen.

Und Du brauchst Standfestigkeit gegen Meinungsstürme von allen Seiten (Hoffentlich stürmt es auch).

Lass viele Leser zu Wort kommen, kleine Interviews, treffende Witze, na Du weißt schon. Auch den Alten räume ein paar Zeilen ein, sie sollen ihr Scherflein beitragen, ehe sie als „Konflikt-Nostalgiker“ aussterben und „Ruhe“ eintritt, wie Herr Mayer sinngemäß in der „Lausitzer Rundschau“ seine Meinung als „Historiker“ kund tat (LR 27./28.11., Seite 4: „Die Wahrheit braucht ihre Zeit“)

Und Du solltest nicht nur Libero im Kreise der örtlichen Medien spielen. Angriff ist die beste Verteidigung, keine „brisanten“ Themen scheuen. Also Hals- und Beinbruch oder besser: mit spitzer Feder und klaren Gedanken für alles was den Menschen lieb ist und gerecht. Solange es geht, bin ich dabei!

Zu „In eigener Sache“. Gestatte einen kleinen Hinweis: Wenn schon „Zunächst das Beste zum Jahresende“ (Beitrag gefällt mir) dann den Text der DDR-Hymne bitte fehlerfrei ... lass uns dir (nicht die) zum Guten dienen ...

Übrigens: Die Verwirklichung des Art (GG) 146 steht schon lange aus: Eine Verfassung in freier Entscheidung des deutschen Volkes.

Es gibt viel zu tun!

Gerhard Mahnhardt

Neu gegründet: Die AG Soziales

Was lange währt, wird endlich gut, sagt der Volksmund.

Und so haben wir es endlich geschafft: Am 19. Januar wurde die AG Soziales Cottbus gegründet.

Noch ist unser Team klein: Herta Venter, Edda Stranz, Sigrid Mertineit und Uli Keil sind gewissermaßen die „Aktivisten der ersten Stunde“. Als Sprecherin der AG wurde einstimmig Sigrid Mertineit gewählt.

So manch einer wird nun fragen: „Da war doch mal was...?“

Richtig – vor einigen Jahren gab schon mal eine AG Soziales in Cottbus. Doch nachdem einige aktive MitstreiterInnen durch Wohnort- und Arbeitsplatzwechsel Cottbus verließen, fiel die AG dem ewigen Dornröschenschlaf anheim.

Aber weil gerade die sozialen Themen unser Markenzeichen sind, ist diese neu gegründete AG Soziales auch ein richtiges „Linkes Ding“, gehört also zum Ortsverband der LINKEN in Cottbus.

MitstreiterInnen mit Kompetenz, Enthusiasmus und Zeit sind herzlich zum Mitmachen eingeladen. Auch ohne linkes Parteibuch!

Unsere Sitzungen finden jeweils am 4. Mittwoch im Monat um 18.00 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle statt und sind öffentlich.

Interessierte sind jederzeit herzlich willkommen.

*Sigrid Mertineit,
Sprecherin der AG Soziales Cottbus*

Glossiert

Noch vor einem Monat hätte Cottbus bei einem Städtevergleich um die meisten Schlaglöcher sicher einen der vorderen Plätze belegt. Über 100 Straßen waren beteiligt. Jetzt besteht wieder eine reale Siegeschance: Im Wettstreit um den größten Flickenteppich!



Tejo

Termine

- 7.2. 16.00 Uhr Redaktionsbeirat
„Herzblatt“
Geschäftsstelle
18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle
- 9.2. 10.00 Uhr AG Geschichte
Geschäftsstelle
- 14.2. 18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle
- 15.2. 17.30 Uhr Demonstration
gegen den Nazi-Aufmarsch
in Cottbus
- 17.2. 17.00 Uhr Die Cottbuser
Autorin Hansi Hilbrich stellt
ihr 6. Buch mit dem Titel
„... als Merthe schwieg“ vor.
Sandower Bücherei
19. 2. Demonstration „Dresden
bleibt nazifrei!“
- 21.2. 16.00 Uhr Beratung KPF
Geschäftsstelle
18.00 Uhr Fraktionssitzung
Geschäftsstelle
- 23.2. 14.00 Uhr Stadtverordne-
tenversammlung
Stadthaus
18.00 Uhr AG Soziales
Kreisgeschäftsstelle
- 24.2. 18.00 Uhr Kreisvorstand
Lausitz
Geschäftsstelle
- 8.3. 18.00 Uhr Frauentags-
Veranstaltung
Ortsverband Cottbus
Stadthaus

Witz des Monats

Der Stationsvorsteher des Berliner Hauptbahnhofes wird überraschend zwangspensioniert.

Beim Gespräch mit seinem Vorgesetzten will er wissen, warum.

Darauf der Chef: „Sie haben gerufen 'Bitte zurücktreten!' - genau in dem Moment, als die Bundeskanzlerin aus dem Zug stieg!“

Wir gratulieren allen GenossInnen, die in den kommenden Tagen ihren Geburtstag feiern

Februar

- zum 97. Liesbeth Linke (8.2.)
- zum 89. Lotte Wickertsheim (16.2.)
- zum 86. Karl Haak (16.2.)
Margarete Grottko (23.2.)
- zum 85. Gerhard Mahnhardt (13.2.)
- zum 84. Günther Petersohn (5.2.)
- zum 83. Ingeborg Müller (2.2.)
- zum 82. Hugo Kache (22.2.)
- zum 81. Horst Vogel (8.2.)
Franz Schenk (24.2.)
- zum 80. Ruth Lehmann (7.2.)
Walter Höno (21.2.)
- zum 75. Gunter Bindig (3.2.)
Armin Rothe (05.2.)
Waltraud Trzinka (18.2.)
- zum 65. Gertrud Scholtissek (25.2.)
- zum 60. Uwe Prinz (14.2.)

März

- zum 91. Johann Alt (11.3.)
- zum 89. Wolf Posmantier (13.3.)
- zum 87. Herbert Schulze (10.3.)
- zum 86. Hildegard Kroll (11.3.)
- zum 83. Karl-Heinz Lehmann (5.3.)
Rudi Kosel (7.3.)
Eberhard Röger (12.3.)
- zum 82. Alexander Jarolimek (10.3.)
Kurt Gumpfer (14.3.)
- zum 81. Ingeborg Posmantier (3.3.)
- zum 80. Eva Hennig (15.3.)
- zum 60. Frank Heptner (1.3.)

Ausstellungseröffnung „Frauen im Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft“

Am Dienstag, dem 1. März, um 18.00 Uhr, wird die Ausstellung „Frauen im Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft“ in den Räumen der Kreisgeschäftsstelle feierlich eröffnet.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich die Ausstellung anzuschauen, Wissenswertes über das Frauenzuchthaus Cottbus und über das Schicksal einiger ausgesuchter Frauen zu erfahren und mit den Machern der Ausstellung ins Gespräch zu kommen.

Wer zeitlich an diesem Tage nicht kann, hat die Möglichkeit sich die Ausstellung unter fachlicher Betreuung den ganzen März über ansehen.



Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE, Lausitz, Kreisvorstand
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: André Groß

Redaktion: Anneli Richter, Horst Wiesner

E-Mail: herzblatt@linkspartei-cottbus.de
homepage: www.dielinke-lausitz.de

Redaktionsschluss März-Ausgabe:

19. Februar